

Andreas Trunschke 25. Dezember 2003

Partizipative Demokratie und Bürgerhaushalte in Deutschland

Vortrag in Mumbai, Indien, Januar 2004

1

Der berühmte französische Staatsmann und Kardinal Armand-Jean du Plessis Herzog von Richelieu (1585-1642) sagte einmal:

„Der Haushalt ist der Nerv des Staates. Daher muß er den profanen Augen der Untertanen entzogen werden.“

Diese Maxime scheint bis heute zu gelten. Freilich entzieht man in den modernen Demokratien den Haushalt weitaus geschickter den Blicken der Bürger. Man stellt ihn so kompliziert dar, dass es des großen Expertenwissens der Politiker und Bürokraten bedarf, um ihn lesen und verstehen zu können. So verspürt der Bürger erst gar nicht die Lust, sich damit zu beschäftigen. Sollte er sich dennoch einmal der Mühe des Lesens und Verstehens unterziehen, dann sichern die Gesetze, dass er keinen direkten Einfluss auf die Gestaltung des Haushaltes nehmen kann.

Diesem traditionellen Politikverständnis stellte zuerst die südbrazilianische Stadt Porto Alegre ihren „Orçanamento Participativo“ entgegen, die Partizipative Haushaltsaufstellung oder den Bürgerhaushalt. Der Bürger selbst stellt die Prioritäten für den Haushalt auf, er selbst kontrolliert, ob der Haushalt diesen Prioritäten folgt, ihm legt die Verwaltung Rechenschaft über die Umsetzung des Haushaltes. Inzwischen gibt es an vielen Orten der Welt Varianten dieses neuen Politikverständnisses. Langsam erreicht diese Idee auch Deutschland. Langsam vielleicht deswegen, weil es den Deutschen traditionell schwer fällt, von anderen zu lernen, und von einem Land der sogenannten Dritten Welt noch schwerer.

Ich will im Folgenden darlegen, wo es auch in Deutschland bereits Anknüpfungspunkte für eine stärkere Bürgerbeteiligung gibt, welche Hindernisse es gibt, welche Experimente gegenwärtig stattfinden und was diese vom Partizipativen Haushalt in Porto Alegre unterscheiden. Abschließend werde ich noch einen kleinen Ausblick auf mögliche weitere Entwicklungen geben.

2

Wenden wir uns zuerst den Anknüpfungspunkten zu. Einen ersten finden wir in dem kleinen untergegangenen deutschen Staat, in der DDR. In der ehemaligen, staatssozialistischen DDR stand es bekanntermaßen um die parlamentarische Demokratie schlecht, aber es gab durchaus Ansätze einer partizipativen Demokratie. In jeder Stadt gab es für die Wohnbezirke mit 2.000 bis 2.500 Einwohnern Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front, die in wichtigen Fragen der Entwicklung des Wohnbezirks konsultiert wurden. Sie konnten zum Beispiel mitberaten, ob und wo Spielplätze, Verkaufseinrichtungen oder Straßen gebaut wurden. Natürlich war das eine verordnete Mitwirkung, aber dafür nahezu flächendeckend. Natürlich waren diese Wohnbezirksausschüsse auch Machtinstrument der Herrschenden, aber gleichzeitig ein demokratisches Element, das durchaus ein gewisses Eigenleben entwickeln konnte. Einerseits sollten sie als unabänderbar geltende Entscheidungen nach unten kommunizieren, andererseits erlaubten sie aber auch - in gewissen Grenzen - die Mitsprache der Betroffenen. Dieser Grundidee, Beteiligung der Bürger an der Ausgestaltung getroffener Entscheidungen werden wir noch einmal begeben.

Welche über die parlamentarische oder repräsentative Demokratie hinausreichenden Elemente gibt es im heutigen, vereinigten Deutschland, die

als Ansatzpunkte für eine stärkere Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen genutzt werden könnten? Zuerst wäre die Volksgesetzgebung nennen. In dem föderalen Staat Bundesrepublik Deutschland haben wir in den einzelnen Bundesstaaten die Möglichkeit, dass sich das Volk zu bestimmten Fragen äußern kann. Es kann sogenannte Volksinitiativen starten, in dem es auf der Straße Unterschriften für ein bestimmtes Anliegen sammelt. Wenn genügend Unterschriften zusammen kommen, muss sich das Parlament mit dem entsprechenden Problem beschäftigen. Lehnt es die Initiative ab, können erneut Unterschriften gesammelt werden. Diesmal deutlich mehr und nicht mehr auf der Straße, sondern in den Behörden. Kommen genügend Unterschriften zusammen, muss sich das Parlament erneut mit dem Problem befassen. Lehnt es wiederum ab, dann wird das Volk befragt. Es kommt zum Volksentscheid. Ähnliche Verfahren gibt es in den meisten Ländern auch für die Dörfer und Städte. Dabei geht es jedoch immer um einzelne Probleme, zu denen das Parlament nach Ansicht der Initiatoren entweder gar nicht oder falsch entschieden hat. Es geht zwar nicht um eine Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen von vorn herein, aber immerhin hat das Volk so die Möglichkeit, politische Entscheidungen zu korrigieren. Mit Einschränkungen allerdings. Ausgeschlossen sind z. B. ausdrücklich Entscheidungen zu finanziellen Fragen oder mit finanziellen Auswirkungen. Aber welche politische Entscheidung hätte nicht mit Geld zu tun? Und für ganz Deutschland haben wir erst gar nicht die Möglichkeit der Volksgesetzgebung, im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Staaten. Wir sind deshalb auch eines der wenigen Länder, deren Verfassung nicht durch das Volk, sondern nur durch das Parlament angenommen wurde. Bei uns wurde weder über die Einführung des Euro noch über die Osterweiterung der Europäischen Union abgestimmt.

Wenden wir uns jetzt der partizipativen Demokratie in Deutschland zu. Es gibt einen Bereich, in dem wir in Deutschland seit langem erhebliche Möglichkeiten und positive Erfahrungen haben. Ich meine den Bereich des Bauens. Im Baugesetzbuch ist klar festgelegt: „Die Bürger sind möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten; ihnen ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben... Die fristgemäß vorgebrachten Anregungen sind zu prüfen; das Ergebnis ist mitzuteilen.“ (Baugesetzbuch). Das ist also zwingend festgelegt. Jeder hat die Möglichkeit, seine Meinung zu sagen und die Verwaltung muss diese Meinungen bearbeiten, sie gegen andere Meinungen und Interessen abwägen und ihre Entscheidung schriftlich begründen. Damit kann der Bürger auf einen wichtigen Bereich des Lebens Einfluss nehmen. Im Konkreten gestaltet sich das allerdings gelegentlich schwierig. So ist nicht geregelt, wie diese Pläne ausgelegt werden, wie leicht man an sie rankommt, wo sie ausgelegt werden. Es kommt durchaus vor, dass der interessierte Bürger vor meterweise aufgestapelten Aktenordner sitzt und keine Chance hat, das Wesentliche und die Probleme überhaupt zu erkennen. Oft sind Bürger auch deshalb frustriert, weil die Meinung eines großen Investors oder der Verwaltung gegenüber seinen Einsprüchen viel mehr zählt. Hier gibt es also viel Spielraum.

Ein weiterer Anknüpfungspunkt für die Beteiligung der Bürger an Haushaltsfragen besteht in den sogenannten Sozialberichten. Auf allen Ebenen finden wir die unterschiedlichsten Berichte, Kinder- und Jugendberichte, Gesundheitsberichte, Armutsberichte, gelegentlich Reichtumsberichte. Meistens handelt es sich dabei um große Datenfriedhöfe, aus denen sich Politiker nach Belieben für ihre jeweiligen Argumente bedienen. Dabei bieten diese Sozialberichte einen großen Vorteil. Sie liefern wichtige Informationen über die soziale Situation. Erst diese erlauben Aussagen darüber, ob bestimmte Haushaltsmittel angemessen sind oder nicht. Mittels sogenannter Budgetanalysen ließen sich die Auswirkungen bestimmter Haushaltsentscheidungen auf bestimmte Lebenslagen dokumentieren, zum Beispiel für Kinder, für die Gleichstellung der Geschlechter oder für

die Natur. Das erlaubte ein besseres Verständnis der Haushalte als eine bloße Darstellung von Einnahmen und Ausgaben. Mit diesem besseren Verständnis erhält der Bürger mehr Chancen, mitreden zu können. Leider wird das vorhandene politische Instrument der Sozialberichte in Deutschland meines Wissens bisher nicht für die Darstellung der Haushalte genutzt.

3

Damit bin ich beim Schwerpunkt meines Vortrages angelangt, den Bürgerhaushalten in Deutschland. Wie bereits angedeutet, kann bei uns jeder jeden Haushalt öffentlich einsehen. Er kann auch versuchen, über die Fraktionen in einem Parlament Einfluss auf die Entscheidungen zu nehmen. Oft veranstalten die Parlamente selbst Anhörungen zu bestimmten Teilen des Haushalts. Doch das alles ist nicht gemeint, wenn es um Bürgerhaushalt geht. Die Frage ist, wie weit kann der Bürger direkt Einfluss auf die Gestaltung des Haushaltes nehmen.

Am weitesten vorangeschritten ist die Entwicklung in dem Bundesland Nordrhein-Westfalen. Dort hat das Innenministerium gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung Ende des Jahres 2000 ein Modellvorhaben „Kommunaler Bürgerhaushalt“ initiiert, an dem sechs Gemeinden teilnehmen. „Ziel des Projektes ist, die Bürgerinnen und Bürger besser über den Haushalt ihrer Gemeinde zu informieren und stärker am Haushaltsgeschehen zu beteiligen“ (www.buergerhaushalt.de). Das Projekt besteht aus drei Teilen. Der erste Teil betrifft die Information über den Haushalt. „Bei diesem Schritt informieren die Städte ihre Bürgerschaft in einer Form, die nicht nur für den Fachmann verständlich ist, über ihren Haushalt. Woher bekommen sie ihr Geld? Wofür wird es ausgegeben? Wie ist die finanzielle Lage? Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen überhaupt?“ (dito). Der zweite Teil betrifft die Bürgerbeteiligung am Haushalt. „Die Bürgerbeteiligung ist das ‚Herzstück‘ des Projektes. Die Städte werden ihrer Bürgerschaft Gelegenheit geben, zu allen Fragen rund um den Haushalt ihre Meinung zu sagen und Vorschläge und Anregungen zu machen... Die Entscheidung über die Vorschläge und den Haushalt insgesamt bleiben beim Rat“ (dito). Der dritte Teil betrifft die Rechenschaft. „Wenn der Haushalt beschlossen ist, werden die Städte ihrer Bürgerschaft erläutern, was aus ihren Anregungen geworden ist, wie der Rat entschieden hat und warum er so entschieden hat“ (dito). Als Ziel dieser Modellvorhaben wird angegeben: „Unser Ziel ist es, das Verständnis und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für eine der wichtigsten Weichenstellungen ihrer Städte zu verbessern“ (dito).

Sehen wir uns die einzelnen Modelle in einigen der beteiligten Kommunen genauer an. Am interessantesten ist vielleicht das Verfahren in der Stadt Emsdetten. Dort sieht der Bürgermeister das Projekt als sein Projekt an, was nach allen Erfahrungen eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen ist. Die Verwaltung hat den Haushalt als Broschüre bzw. im Internet sehr anschaulich und leicht verständlich dargestellt. Für die Bürger gibt es zahlreiche Möglichkeiten, sich an den Beratungen zu beteiligen, z.B. über Fragebögen, per Internet oder in einem Bürgerforum. Zu diesem wurden beispielsweise 2.000 nach demographischen Gesichtspunkten zufällig ausgewählte Bürger eingeladen. 90 Bürger hatten sich angemeldet, 76 waren dann tatsächlich erschienen. Zur Debatte standen sechs verschiedene Möglichkeiten, den Haushalt auszugleichen,

- Σ durch Kürzungen von Personal und Sachkosten,
- Σ durch Kürzungen bei Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung;
- Σ durch Kürzungen bei freiwilligen Leistungen, also zum Beispiel bei der Kultur und beim Sport,
- Σ durch Entnahme der Rücklagen, also des Ersparnen,
- Σ durch Steueranhebung und durch Kreditaufnahme und
- Σ durch den Verkauf von Gebäuden.

Die Bürger entschieden sich mehrheitlich für den Verkauf von Gebäuden. Der Rat, das dortige kommunale Parlament, folgte größtenteils dem Vorschlag der Bürger.

Die Stadt Hamm in Westfalen mit 185.000 Einwohnern stellte ihren ersten Bürgerhaushalt für 2003/2004 auf. Dazu verteilte sie an 50.000 Haushalte entsprechende Broschüren. Daneben befragte sie die Bürger danach, was ihnen am meisten auf den Nägeln brennt. Dabei stellte sich heraus, dass den Bürgern am wichtigsten die Straßen und die Radwege waren. Darum drehte sich dann auch ein Bürgerforum und eine Fragebogenaktion. Die Bürger konnten also zuerst ein Schwerpunktthema bestimmen und anschließend in dem ausgewählten Bereich ihre Vorschläge machen. Der Rat beschloss dann einen Teil der vorgeschlagenen Maßnahmen und stellte dafür die Mittel bereit. Angesichts der leeren Kasse musste ein Großteil der von den Bürgern benannten Maßnahmen allerdings auf Eis gelegt werden. Sicher für alle Beteiligten ein frustrierendes Ergebnis. Meines Erachtens muss das Verfahren so verändert werden, dass von Anfang allen interessierten Bürgern die zur Verfügung stehende Summe und die damit vorhandenen Möglichkeiten bekannt sind.

Einen besonders anschaulichen Weg, den Bürgern den Haushalt zu erklären, fand die Stadt Hilden mit Hilfe von Studenten. Im Februar 2003 waren die Bürger zu einem überdimensionalen Monopoly-Spiel, HILDOPOLY, eingeladen. Die Spielregeln: Jedes Feld von HILDOPOLY stellt einen Teilbereich der Stadt Hilden dar. Mitarbeiter der Fachabteilungen der Stadtverwaltung stellten ihren Bereich vor und standen Rede und Antwort. Die Bürger konnten fragen und Anregungen geben. Außerdem bot die Stadt eine „Haushaltstour“ an. Auf einer Bustour konnten interessierte sich über bestimmte Vorhaben erkundigen. Bisher beschränkte sich das Modell in Hilden auf ein besseres Verständnis darüber, wofür die Stadt das Geld der Bürger ausgibt, und auf das Einsammeln von Vorschlägen zur Veränderung.

4

Alle diese Modelle unterscheiden sich deutlich von dem Verfahren in Porto Alegre, bei dem die Bürger den Gesamthaushalt diskutieren und selbst Prioritäten für die Haushaltsaufstellung formulieren, bei dem die Bürgervorschläge sehr verbindlich sind und das Verfahren der Bürgerbeteiligung selbst diskutiert und variiert wird.

Wer sich im politischen Deutschland ein wenig auskennt, der fragt sich sowieso, warum sich ausgerechnet das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen und die Bertelsmann-Stiftung so für den Bürgerhaushalt engagieren. Beide sind bisher jedenfalls nicht durch ein besonderes basisdemokratisches Engagement aufgefallen. Eine mögliche Antwort erhält man, wenn man sich die Haushaltssituation in den deutschen Kommunen ansieht. Die Einnahmen decken längst nicht mehr die notwendigen Ausgaben. Selbst scheinbar reiche Kommunen wie München sind überschuldet. Ärmere Kommunen müssen inzwischen ihre besten Immobilien verkaufen, um überhaupt noch über die Runden zu kommen. Fast alle Kommunen mussten inzwischen Kredite aufnehmen, von denen sie nicht wissen, wie sie diese jemals zurückzahlen sollen. Kaum eine noch ohne ein Haushalts sicherungskonzept, mit dem wenigstens so getan wird, als könnte man in zehn Jahren wieder einen ausgeglichenen Haushalt haben.

Neben der Hoffnung auf sachgerechtere Entscheidungen und die größere Akzeptanz der getroffenen Entscheidungen durch die Beteiligung der Bürger daran dürfte deshalb die eigentliche Frage, die der erwähnte Modellversuch klären soll, lauten, wie bringe ich die Haushaltslage dem Bürger so bei, dass er nicht auf die Barrikaden geht. Geradezu erleichtert heißt es in einer ersten Auswertung der Modellversuche: „Die Befürchtung, dass für eine sinnvolle Bürgerbeteiligung am Haushalt finanzielle Spielräume Voraussetzung seien, hat sich nicht bestätigt. Einige Projektkommunen unterliegen einem Haushaltssicherungskonzept. Gerade hier hat sich gezeigt, dass die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger mit Kostenbewusstsein gemacht werden. Die Einsicht in die Notwendigkeit zu sparen ist vorhanden. Sie wird überdies begleitet von der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, auch zum eigenen Nachteil auf Leistungen der öffentlichen Hand zu verzichten.“ Die an dem Projekt beteiligte, 80.000 Einwohner zählende

Stadt Castop-Rauxel, deren laufenden Ausgaben auch nicht mehr durch die Einnahmen gedeckt werden können, bat ihre Bürger ausdrücklich nur um Sparvorschläge. Das erwähnte Bürgerforum in der Stadt Emsdetten bot den „Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit zur Mitsprache und Mitberatung am Ausgleich des Gesamthaushaltes“. „Es galt, eine Finanzierungslücke von insgesamt 2,8 Mio. € zu schließen. Ziel des Bürgerforums war es, dem Rat einen Vorschlag für den Ausgleich dieser Finanzierungslücke zu unterbreiten“ (2. Zwischenbericht). Auch in der Stadt Rheinstetten geht es beim Bürgerhaushalt um die Frage: „Soll in Rheinstetten die Erhöhung der Einnahmen oder die Reduzierung freiwilliger Leistungen favorisiert werden?“

Es geht also gar nicht wie in Porto Alegre um die Beteiligung an Haushaltsentscheidungen oder wenigstens an Konsultationen zum Haushalt, es geht um Akzeptanz von Streichungen, es geht um Beteiligung an der Verwaltung des immer größer werdenden Mangels. Letztendlich geht es bei den Modellvorhaben darum, Protest an den Kürzungen und Kritik an den Rahmenbedingungen erst gar nicht aufkommen zu lassen, in dem man den Bürgern das Gefühl gibt, sie wären an den Kürzungen beteiligt. Es geht deshalb - auch im Gegensatz zu Porto Alegre - nicht um eine tatsächliche Entscheidung durch die Bürger, sondern um deren Befragung. Folgerichtig wurde in den Zwischenberichten aus der ursprünglichen „Beteiligung der Bürger“ korrekterweise die „Konsultation der Bürger“. Das von der Bertelsmann-Stiftung initiierte Modellprojekt ist sozusagen die konservative Variante des „Orçanamento Participativo“ von Porto Alegre. Kurioserweise folgt es ganz dem bereits erwähnten Modell aus der DDR, Mitsprache ja, aber die Rahmenbedingungen für die Mitsprache bleiben absolut tabu. Wie damals in der DDR soll der Bürger den Mangel mitverwalten und nicht über die Ursachen des Mangels nachdenken. Es könnte ja jemand bemerken, dass in diesem Land, immerhin eines der reichsten dieser Erde, einige immer reicher und immer schneller reicher werden, und dass deshalb in den öffentlichen Kassen kein Geld mehr ist.

Damit will ich nichts gegen das ehrliche Engagement der beteiligten Kommunalverwaltungen und Bürger gesagt haben. Ich halte auch diese Form der Beteiligung für einen Fortschritt, denn eine Beteiligung der Bürger an der Mangelverwaltung ist immer noch besser als eine Mangelverwaltung über ihre Köpfe hinweg. Auf kommunaler Ebene ist außerdem sowieso kaum der Spielraum gegeben, das neoliberale Konzept grundsätzlich in Frage zu stellen. Ich mache nur darauf aufmerksam, dass man sich der Einbindung der Bürger in neoliberale Konzepte stets bewusst bleiben sollte.

5

Wagen wir abschließend einen kleinen Ausblick. Hervorzuheben ist dabei die deutsche Hauptstadt Berlin, die zugleich Bundesland und Kommune ist. Dort geht die Initiative vor allem von Bürgern der Stadt aus. In zwei Initiativgruppen versuchen sie, die Idee voranzubringen. Langsam beginnt sich die Politik darauf einzustellen. Dazu haben zwei Faktoren maßgeblich beigetragen. Zum einen ist Berlin so bankrott wie kein anderes Bundesland, und denen geht es schon nicht gut. Nichts geht mehr in Berlin ohne Hilfe von außen, also von Bund. In solchen absoluten Notlagen ist die Politik offenbar leichter gewillt, ungewohnte Wege zu gehen und womöglich gar Kompetenz abzugeben. Jedenfalls haben sich inzwischen alle parteinahen Bildungsvereine zu einem koordinierten Vorgehen verständigt und erstmals eine gemeinsame Veranstaltung zu diesem Thema organisiert. Das ist um so bemerkenswerter, als mir eine zweite gemeinsame Veranstaltung der den Parteien SPD, CDU, FDP, GRÜNE und PDS nahestehenden Bildungsvereine nicht bekannt ist.

Der zweite Faktor ist die Regierungsbeteiligung der linken Partei PDS in einzelnen Stadtbezirken und im Landesparlament, dem Abgeordnetenhaus von Berlin. Wenn sie sich auch manchmal schwer mit dem Bürgerhaushalt tut, so unterstützt sie doch prinzipiell diese Idee. Sie hat ihn als Forderung in ihr neues Parteiprogramm aufgenommen. In Berlin will sie Partizipation als

eines ihrer Markenzeichen entwickeln. In einzelnen Berliner Stadtbezirken mit PDS-Einfluss beginnen die Stadtverwaltungen, sich dieses Themas anzunehmen.

Auch in meinem eigenen Bundesland Brandenburg, das Berlin umschließt, gibt es erste Ansätze. So hat die Landeshauptstadt Potsdam als erste und bisher einzige Kommune in Brandenburg beschlossen, mit dem Haushalt für das Jahr 2005 „Elemente eines Bürgerhaushaltes einzuführen“. In anderen Städten werden mehr oder weniger intensive Diskussionen über die Möglichkeiten einer größeren Bürgerbeteiligung am Haushalt geführt. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg unterstützt diese Entwicklung durch eine eigene Internet-Seite www.buergerhaushalt-brandenburg.de. Außerdem arbeiten wir an einer Budgetanalyse, mit der untersucht werden soll, wie sich der neue Landeshaushalt für Kinder im Alter bis 12 Jahren auswirkt.

Doch zurück zu den Berliner Initiativen „von unten“. Diese Initiativen haben ihre Maßstäbe für ein Beteiligungsverfahren am Haushalt definiert und der Politik vorgelegt. Anhand dieser Maßstäbe werden die Unterschiede und die Gemeinsamkeiten zu den Modellversuchen der Bertelsmann-Stiftung und des Innenministeriums von Nordrhein-Westfalen deutlich:

- Σ Bürger sollen an politischen Entscheidungen bereits beteiligt werden, bevor die Grundlinien der Entscheidung festgelegt werden.
- Σ Die Zusammensetzung der beteiligten Bürger soll ausgewogen bzw. für die Wohnbevölkerung repräsentativ sein (keine Dominanz der „Aktivisten“).
- Σ Es sollen niedrigschwellige, punktuelle Möglichkeiten der Beteiligung angeboten werden (keine langen Wege, wenig Zeitaufwand, keine Verpflichtung zur kontinuierlichen Mitarbeit, keine „Diktatur des Sitzfleisch“).
- Σ In einem dialogischen Vorgehen sind verschiedene Vorschläge unter den Beteiligten zu erörtern und breit getragene Lösungen zu suchen.
- Σ Das Erfahrungswissen der Bürger soll genutzt werden, aber auch weitere erforderliche Expertise bereitgestellt werden (von Fachleuten, Verwaltung und Interessengruppen).
- Σ Zu Beginn des Verfahrens sollten Verabredungen darüber getroffen werden, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Grad den Bürgervorschlägen eine politische Verbindlichkeit für die letztendliche Entscheidung beigemessen wird, die den demokratisch gewählten Institutionen vorbehalten bleibt (z.B. ob im Ablehnungsfall eine Begründung erfolgen soll).
- Σ Ressourcen- oder artikulationsschwache Gruppen sollten durch das Verfahren unterstützt werden.

Anders als in Nordrhein-Westfalen sollen die Bürger selbst über das Verfahren ihrer Beteiligung mitentscheiden können. Sie sollen bereits bei der Festlegung von Prioritäten mitreden können. Und ihre Mitsprache soll für die Politik verbindlicher sein. Genau wie in Nordrhein-Westfalen sollen die Angebote zur Bürgerbeteiligung für jeden leicht zugänglich sein und der Haushalt ohne besonderes Expertenwissen verständlich. In den kommenden zwei Jahren wird sich voraussichtlich entscheiden, ob und wie diese Vorstellungen Realität werden.

Zusammenfassend kann ich feststellen: Ein auch nur ähnlich ausgereiftes und weitgehendes Verfahren wie in Porto Alegre gibt es in Deutschland bisher nicht. Aber langsam, ganz langsam entwickelt sich die Bürgerbeteiligung am Haushalt auch in meinem Land. Ganz sicher bleibt der Bürgerhaushalt ein spannendes Thema in Deutschland und wird wohl kaum wieder von der Tagesordnung zu verdrängen sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.